

Acht Prozent mehr Geld für Ärzte an kommunalen Kliniken



Rudolf Henke,
Vorsitzender
des Marburger
Bundes

Die Einkommen der rund 55.000 Ärztinnen und Ärzte an kommunalen Kliniken werden in zwei Stufen um insgesamt rund acht Prozent steigen. Darauf haben sich der Marburger Bund (MB) und die Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände Anfang April geeinigt. Die Ge-

hälter werden in diesem Jahr rückwirkend zum 1. April 2008 um durchschnittlich rund vier Prozent angehoben. Zum 1. Januar 2009 steigen die Einkommen um weitere 3,8 Prozent. Ein weiteres wichtiges Element dieser Tarifeinigung sei zudem der Einstieg in eine neue Struktur der Entgelttabelle, so der MB. Ab dem 1. Januar 2009 würden beispielsweise Fachärzte der vierten Entgeltstufe nicht mehr wie bisher erst nach 60 Monaten, sondern bereits nach 24 Monaten in die nächsthöhere Entgeltstufe aufsteigen. Darüber hinaus wurde eine umgehende Anpassung

der Ostgehälter an das Westniveau vereinbart. Den Versuch der Arbeitgeber, die Arbeitszeit der Mediziner von 40 auf 41,5 Wochenstunden zu erhöhen, konnte der MB abwehren. „Der Berufsgruppe, die im öffentlichen Dienst ohnehin mit Abstand die längsten Arbeitszeiten hat, dürfen wir keine weitere Belastung zumuten“, sagte der Verhandlungsführer des MB, Lutz Hamerschlag.

Weitere Informationen unter www.marburger-bund.de MB/RhÄ

Zuweisung durch Krankenhaus rechtswidrig

Ein Krankenhaus, das niedergelassenen Ärzten im Rahmen eines Vertrages über eine „Sektorenübergreifende Versorgung“ ein „Kopfgeld“ für die Überweisung von Patienten zur stationären Behandlung zahlt, verhält sich wettbewerbswidrig, sofern die teilnehmenden Ärzte dazu verleitet werden, Patienten entgegen medizinischen Erforderlichkeiten eine Behandlung in diesem Krankenhaus anstatt in einem besser geeigneten Krankenhaus zu empfehlen (LG Duisburg, Urteil v. 01.04.2008, AZ: 4 O 300/07; noch nicht rechtskräftig).

Dr. Dirk Schulenburg,
Justitiar der
Ärztekammer Nordrhein

Bessere Prävention berufsbedingter Hautkrankheiten

Für eine herausragende Forschungsarbeit der Präventivmedizin für Menschen mit berufsbedingten Hautkrankheiten wurde kürzlich in Köln der „Hufeland-Preis“ 2007 verliehen. Die Deutsche Ärzteversicherung vergibt den mit 20.000 Euro dotierten Preis jährlich. Preisträger ist der Dermatologe Professor Dr. Swen Malte John, Leiter der Dermatologie an der Universität Osnabrück und Chefarzt des dermatologischen Zentrums am Berufsgenossenschaftlichen Unfallkrankenhaus Hamburg. John entwickelte ein Präventionsver-

fahren für Menschen mit Berufsdermatosen. Besonders betroffen sind Arbeitnehmer, die in ihrem Arbeitsalltag viel mit Wasser oder Chemikalien arbeiten. So kommt es beispielsweise bei vielen Friseurinnen und Friseuren zu Hautekzemen an den Händen oder sie entwickeln eine Kontaktallergie auf chemische Substanzen in Haarfärbemitteln. Das neu erarbeitete Konzept des Preisträgers vernetzt ambulante und stationäre Heil- und Präventionsangebote. Der Entwurf umfasst die ambulante Behandlung durch den Hautarzt, zweitägige



Professor Swen Malte John ist mit dem Hufelandpreis 2007 ausgezeichnet worden. Foto: Deutsche Ärzteversicherung

Beratungsseminare zu Fragen des Hautschutzes sowie in besonders schweren Fällen eine mehrwöchige stationäre Behandlung in speziellen Kliniken mit anschließendem ambulante Heilverfahren durch den einweisenden Hautarzt am Heimatort. Die Kosten dafür tragen die Berufsgenossenschaften. Eine aktuelle Auswertung der stationären Behandlungsfälle der Universität Osnabrück ergab laut John, dass 66 Prozent der bisher 1.164 behandelten Patientinnen und Patienten mit schweren Handekzemen nach der Therapie in ihrem alten Beruf weiterarbeiten konnten. Durch das neue Vorsorgekonzept können Erkrankungen in Risikoberufen erheblich verringert und somit Kosten reduziert werden. mw

Restriktionen für Stammzellforschung gelockert

Der Bundestag hat am 11.4.2008 in namentlicher Abstimmung entschieden, den Stichtag für die Forschung an embryonalen Stammzellen einmalig auf den 1.5.2007 zu verschieben. Bisher durften für Forschungszwecke nur Stammzellen verwendet werden, die vor dem 1.1.2002 im Ausland gewonnen wurden (BT-Dr. 16/7984).

Dr. Dirk Schulenburg,
Justitiar der
Ärztekammer Nordrhein

Ärztliche Körperschaften im Internet

Ärztekammer Nordrhein
www.aekno.de

Kassenärztliche
Vereinigung Nordrhein
kvno.de

NRW will Hochschulausbildung nichtärztlicher Gesundheitsberufe erproben



NRW-Gesundheitsminister
Karl-Josef Laumann

Eine Bundesratsinitiative zur Erprobung akademischer Ausbildungen in den nichtärztlichen Gesundheitsberufen hat die nordrhein-westfälische Landesregierung Mitte April beschlossen. „Wenn diese Berufe auf Dauer für junge Menschen attraktiv bleiben sollen, darf eine akademische Qualifizierung kein Tabu mehr sein“, sagte NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann. MAGS/RhÄ